

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern



■ **Kampagne**
„WIR.
Erfolg braucht Vielfalt“

■ **Nachbarschaft**
Deutsch-polnisches
Zusammenleben

■ **Debatte**
Gender-Mainstreaming
in M-V

■ **Kreisgebietsreform**
Zwischenbericht der
Enquetekommission

■ **Fragt heute**
Jugendtheaterprojekt

■ **Gartenkunst**
Hofgärtner
Theodor Klett



Seite 3

Spezial

WIR. Erfolg braucht Vielfalt.

Seiten 4 – 5

Aus dem Plenum**Aktuelle Stunde:**

Deutsch-polnisches Zusammenleben im erweiterten Schengenraum vorurteilsfrei gestalten

Seiten 6 – 8

Weitere Themen:

Kindergesundheit und individuelle Förderung im Kita-Bereich
ÖPNV in M-V
Sparkassen als öffentlich-rechtliche Institutionen erhalten

Seiten 9 – 15

Auszüge aus der Debatte:

Gender-Report für M-V

Seiten 16 – 17

Aus den Ausschüssen**Enquetekommission**

Zwischenbericht

Agrarausschuss

Besuch in der Kormorankolonie
Niederhof

Innenausschuss

Besuch bei der Polizeistation
Pomellen

Arbeitsgruppe Energie

Auswertung der internationalen Anhörungen

Seite 18

Panorama

„Fragt heute“ – Jugend-Theaterprojekt über Verantwortung und Menschlichkeit

Seite 19

Schlossgeschichten

Kletts Burggarten

Titelbild (Cornelius Kettler)

Frühling am Schweriner Schloss

Impressum

Herausgeber: **Landtag Mecklenburg-**

Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525 - 2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,

Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

Druck: cw Obotritendruck.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Großes im Kleinen – an der Grenze mit Polen geschieht es gerade

■ In Vorpommern wird Geschichte geschrieben. In der Grenzregion mit Polen wächst ein jahrhundertealter Kulturraum wieder zusammen, der vor einem Menschenleben jäh auseinander gerissen wurde. Knapp 70 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, in dessen Folge die Bande in der Region gekappt wurden, versuchen die Menschen, diese wieder zu knüpfen. Stettin (Szczecin) als Oberzentrum der grenznahen Teile Vorpommerns – langsam wird diese Möglichkeit den Menschen wieder bewusst. Mit dem Wegfall der Grenzkontrollen, der Verbesserung der Verkehrsverbindungen und hoffentlich bald weiteren Erleichterungen ist es wieder möglich, dass man mal eben zum Sonntagsspaziergang, zum Einkaufen, vielleicht auch zum Arbeiten oder Wohnen ins jeweils andere Land fährt und das vollkommen normal findet – so wie dies schon viele Jahre an der deutsch-französischen Grenze der Fall ist.

Was für eine Chance, welche Umwälzung! Auf wirtschaftlichem Gebiet wird schon seit längerem versucht, über die Grenze hinweg Kontakte aufzubauen. Auch Landes- und Kommunalpolitik bemühen sich nach Kräften, die EU sowieso. Brüssel unterstützt die regionale Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Polen im Grenzraum von 2007 bis 2013 mit knapp 49 Millionen Euro. Gefördert werden damit beispielsweise grenzüberschreitende Verkehrs- und Tourismusprojekte.

Langsam zieht das Deutsch-Polnische auch in den Alltag im Grenzgebiet ein, was wohl das Wichtigste ist. Löcknitz im Uecker-Randow-Kreis etwa freut sich über Bevölkerungswachstum, das maßgeblich vom Zuzug polnischer Bürger gespeist wird. Krankenschwestern und Lehrer ziehen aus Stettin zu, ein polnischer Bauunternehmer wird in der Region aktiv, ein Gewürzhersteller aus dem Nachbarland investiert auf der deutschen Seite. Vertreter der Mittelschicht kommen in die Region, die so viele verlassen haben, weil sie keine Chancen für sich sahen. Ein dringend benötigter Schub, der jedem nur recht sein kann. Kinder aus beiden Ländern lernen gemeinsam im deutsch-polnischen Gymnasium, knüpfen Verbindun-



Foto: dpa

Iris Leithold, 38, ist Redakteurin bei der Deutschen Presse-Agentur dpa und seit zehn Jahren in Schwerin tätig.

gen, die künftig vielen zugute kommen können.

Das alles ist enorm spannend und, wie ich meine, von historischer Dimension. Grund genug, das deutsch-polnische Thema regelmäßig im Landtag zu besprechen. Unverständlich ist es, wenn mancher zweifelt, ob der Wegfall der Grenzkontrollen vom Dezember 2007 und dessen erste Folgen wirklich Gegenstand einer Aktuellen Stunde im März sein musste. Und wie aktuell das ist!

Wie bei allen Umwälzungen geht es auch in den neuen Grenz-Beziehungen nicht ohne Schwierigkeiten ab, wer wollte anderes annehmen. So suchen im Schatten der neuen Offenheit auch Kriminelle ihre Chance. Wenn in unmittelbarer Grenznähe, etwa auf Usedom, zunächst mehr polnische Tatverdächtige auffallen, sollte das nicht verschwiegen werden. Die Demokratie und die nachbarschaftlichen Beziehungen halten das schon aus. Die Menschen in der Region nehmen die Zwischenfälle sehr wohl wahr und dürften im besten Fall den Kopf schütteln und sich im schlechteren Fall nicht ernst genommen fühlen, wenn in Schwerin versucht wird, unschöne Tatsachen in großräumigeren Statistiken zu verstecken.

Veränderungen sind nicht ohne Widersprüche zu haben – dazu gehört auch, dass sich mancher vom Tempo überfordert fühlt. Wenn in Löcknitz Autos mit polnischen Kennzeichen beschmiert oder polnische Schulkinder angepöbelt werden, dann ist das peinlich, beschämend und vor allem dumm. Sich einmauern zu wollen, hat in der Geschichte selten etwas gebracht, meist den Untergang. Niemand sollte versuchen, Ängste zum politischen Zündeln zu missbrauchen. Die Grenzöffnung befreit die Menschen im vorpommerschen Grenzraum endlich aus ihrer Randlage und schenkt ihnen mit Stettin ein wirtschaftliches und auch kulturelles Zentrum. Das ist doch einfach nur wunderbar!

Iris Leithold

Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ gestartet

Überparteiliches Bündnis wirbt für Demokratie

■ Das neue Bündnis „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ will für ein demokratisches, freiheitliches und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern werben. Die von Landtag, Kirchen, Künstlern, Gewerkschaften und Unternehmensverbänden getragene Initiative ist am 9. April im Festsaal des Schweriner Schlosses gestartet worden.



Foto: Uwe Balewski

Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** forderte bei der Auftaktveranstaltung ein offensives Eintreten für demokratische Prinzipien. „Die Zivilgesellschaft muss Flagge zeigen, um möglichst wenig Lücken zu lassen, in die Extremisten stoßen können“, sagte sie vor mehr als 200 Gästen. Ziel der Kampagne sei es, die Menschen von den demokratischen Grundwerten zu überzeugen und sie zu motivieren, sich aktiv dafür einzusetzen. Dabei stehe das Bündnis nicht in Konkurrenz zu lokalen Initiativen, die „ganz hervorragende und enorm wichtige Arbeit leisten“, stellte Bretschneider klar. „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ wolle verstärken und vor allem auch Plattform sein. Sie verstehe die Initiative als „nichts Fertiges, nichts Perfektes“, sondern als „ersten Stein, der ins Wasser geworfen wird und möglichst viele Wellen schlägt“, sagte die Politikerin.

Anlass für die Kampagne sind Sylvia Bretschneider zufolge auch zunehmende Aktivitäten rechtsextremistischer Kameradschaften und das verstärkte Auftreten rechtsextremer Parlamentarier in Städten und Gemeinden. Seit dem Einzug der NPD

in den Landtag habe sich in einigen Orten ein „Klima der Angst“ breitgemacht. „Angst davor, seine Meinung offen zu sagen. Angst davor, durch Kleidung, Haarschnitt oder auch alternative Lebensweise aufzufallen. Angst davor, radikalem Gehabe entgegenzutreten.“ Auch Verantwortliche in Politik und Verwaltung täten sich mitunter

schwer, rechtsextremistischem Treiben ein Ende zu bereiten, stellte die Landtagspräsidentin fest.

Mitunterzeichner des Aufrufs **Sascha Gluth**, Schauspieler und Hauptdarsteller der Störtebeker-Festspiele auf Rügen, verwies auf die Bedeutung von Zivilcourage. Gleichzeitig warnte er die etablierten Parteien, im Kampf gegen Rechts allein auf das Engagement der Menschen zu setzen. „Wir brauchen vernünftige Tagespolitik und klare programmatische Aussagen, statt einer oft kleinlichen Beschäftigung der Parteien mit sich selbst“, sagte er. Eine Politik, bei der sich die Menschen nicht ernst genommen fühlten, leiste der Demokratie keine guten Dienste, befand auch **Andreas von Maltzahn**, Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Mecklenburgs, in der Podiumsdiskussion. So gerieten Wähler mitunter leicht in Versuchung, es „denen da oben“ mal zu zeigen, obwohl sie nicht wirklich rechtsextremistische Politik wollten. Eine Ursache für den Ruf nach einfachen Lösungen sieht Weihbischof **Norbert Werbs** von der Katholischen Kirche in den

„paradiesischen Erwartungen“ der Wendezeit. „Als die raue Wirklichkeit kam – Demokratie als Streitkultur, wo man sich einsetzen muss, wo auch Probleme nicht gleich die ideale Lösung finden –, sind die Menschen enttäuscht, und das drückt sich in solch radikalen Wahlentscheidungen aus“, sagte er.

Uwe Kunkel vom norddeutschen Wirtschaftsverband AGV forderte mehr Ehrlichkeit von den Parteien. Aber auch der einzelne Bürger müsse sich einbringen – beispielsweise bei den Schöffenwahlen. „Wenn wir nicht aufpassen, sitzen sonst die Rechtsextremen in den Gerichten“, warnte er.

„Im Grundsatz stehen die Menschen zur Demokratie“, sagte **Peter Deutschland**, Vorsitzender des DGB Nord. Ursachen für Ängste und Demokratiedefizite liegen seiner Meinung nach auch in der hohen Arbeitslosigkeit, der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und der fehlenden Perspektive insbesondere für junge Leute.

Die „Mitmach-Kampagne“, die von allen demokratischen Fraktionen im Landtag unterstützt wird, soll möglichst viele Menschen zur Unterschrift unter den Aufruf und zur aktiven Mitwirkung bewegen. Vereine sollen ihre Veranstaltungen unter das Motto der Kampagne stellen. Für die Koordination wurde eine Geschäftsstelle in Schwerin eingerichtet:

Geschäftsstelle

Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Mecklenburgstraße 59
19053 Schwerin
Tel. 0385 / 555709-14
Fax. 0385 / 555709-13
sekretariat@akademie-schwerin.de

DIE INITIATOREN

- Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Kommissariat der Erzbischöfe in Mecklenburg-Vorpommern
- Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs
- Pommersche Evangelische Kirche
- Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Zusammenleben beiderseits der Grenze erleichtert

Wegfall der Grenzkontrollen zu Polen: Landtag würdigt Vorteile

■ Knapp drei Monate nach dem Wegfall der Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Polen hat die Landespolitik in der Aktuellen Stunde am 5. März die Vorteile und Chancen dieses Schritts für Mecklenburg-Vorpommern gewürdigt. Das Zusammenleben der Menschen in der Region werde erleichtert, betonten Redner aller demokratischen Fraktionen. Es herrsche Aufbruchstimmung. Nur die rechtsextremistische NPD wandte sich in erregten Zwischenrufen gegen die Grenzöffnung.

■ Befürchtungen und Ängste im Vorfeld hätten sich nicht bestätigt, sagte **Matthias Lietz** (CDU), dessen Fraktion das Thema für die Aktuelle Stunde bestimmt hatte. Er verwies auf die Kriminalstatistik. So sei die Zahl der Straftaten in der Grenzregion im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rund 600 gesunken. Lietz wertete das als Beleg für den „Willen zu einem friedlichen nachbarschaftlichen Zusammenleben von Deutschen und Polen“. Dazu zählte er auch, dass polnische Bürger ihren Wohnsitz im Landkreis Uecker-Randow nehmen, deutsche und polnische Kinder gemeinsam Schulen und Kindertagesstätten besuchen sowie viele polnische Facharbeiter in Vorpommern arbeiten. Zudem habe sich die Zahl der Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz fast halbiert.

■ Die bisher wirtschaftlich unterentwickelte Region Uecker-Randow werde stärker von der Großstadt Stettin (Szczecin), dem traditionellen Oberzentrum, profitieren, zeigte sich **Dr. Harald Ringstorff** über-

zeugt. Der Ministerpräsident verwies auf zahlreiche Kontakte von Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern und Polen auch schon vor dem Schengen-Beitritt des östlichen Nachbarlands. In den zurückliegenden zehn Jahren habe es im Rahmen gegenseitiger Präsentationen weit über 400 Ausstellungen, Konzerte, Lesungen, Workshops oder Kontaktbörsen gegeben. Wichtiges habe auch die Euroregion Pomerania geleistet. Als Beispiele für einen „positiven Entwicklungsschub“ nannte Ringstorff auch die für April geplante Inbetriebnahme der Bahnlinie nach Swinemünde, die Zusammenarbeit der Steuerverwaltungen Mecklenburg-Vorpommerns und Westpommerns sowie die geplante Straßenverbindung zwischen Hintersee und Dobieszczyn.

■ Der LINKE-Innenpolitiker **Peter Ritter** lobte deutsch-polnische Gemeinschaftsprojekte wie den Bau einer Strandpromenade von Ahlbeck nach Swinemünde (Swinoujście). Zugleich kritisierte er aber

das Schengen-Abkommen im Grundsatz. Es führe zu einer Abschottung Europas, sagte er. Unabhängig von humanitären Problemen muss Ritters Worten nach die Frage gestattet sein, „ob vor dem Hintergrund ökonomischer Globalisierungsprozesse die Schengenidee wirklich eine nachhaltige Antwort sein kann“. Darüber hinaus gehöre zu einem vorurteilsfreien Zusammenleben, keine Ängste zu schüren. „Mitunter kann man den Eindruck gewinnen, dass die Grenzöffnung aber genau hierfür herhalten muss, nämlich die Spirale aus Bedrohung, Angst und Gegenmaßnahmen weiterdrehen zu können“, sagte er. Er forderte konkrete landespolitische Maßnahmen, um das vorurteilsfreie Zusammenleben weiter zu intensivieren.

■ Nach Ansicht des FDP-Abgeordneten **Gino Leonhard** glauben die Menschen „langfristig gesehen im neuen Jahrhundert an Europa und sie lassen sich nicht mehr durch billigen Populismus verunsichern“. Als Beispiel für ein gemeinsames Europa nannte er die Entwicklung der Stadt Löcknitz in Vorpommern unweit von Stettin. „Viele Polen haben sich hier inzwischen niedergelassen und die Zukunft sieht gut aus. Seit 2006 ist die Einwohnerzahl um mehr als 300 gestiegen, und das kann leider nicht jede Stadt von sich behaupten.“ Integration und ein



Matthias Lietz (CDU)



Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff



Peter Ritter (DIE LINKE)

Fotos: Uwe Balewski

friedliches Miteinander werde dort in der Schule gelehrt und gelernt. Auf das deutsch-polnische Gymnasium gehen Leonhard zufolge derzeit 280 deutsche und 150 polnische Schüler. Der NPD warf er vor: „Sie versuchen, das friedliche und zukunftssträchtige Zusammenleben zu stören.“

■ Der CDU-Abgeordnete **Wolfgang Waldmüller** würdigte auch die erfolgreichen Aktivitäten des Hauses der Wirtschaft in Stettin, das seit sieben Jahren von der IHK Neubrandenburg getragen wird. Er zeigte sich überzeugt, dass die wirtschaftliche Entwicklung weiter vorankommen wird, wenn die noch bestehenden Beschränkungen bei der Arbeitnehmer-Freizügigkeit abgeschafft werden. Aus wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Sicht sei in der Vergangenheit wenig Erfolgreiches aus der Grenzregion zu vermelden gewesen. Die höchste Arbeitslosigkeit und Abwanderung waren Waldmüller zufolge bestimmende Bilder entlang der Grenze, mit Ausnahme des Tourismus. Speziell auf Usedom waren wenige Lichtblicke mit überregionaler Strahlkraft vertreten. „Doch seit dem Beitritt Polens zur EU vor vier Jahren wächst die Zuversicht“, betonte er.

■ „Es ist einfach wichtig, dass sich die Menschen in Zukunft noch mehr und häufiger begegnen, um die bestehenden Vorurteile gemeinsam abzubauen“, sagte **Detlef Müller** (SPD). „Wir als Landtag haben hier schon das ein oder andere mit dazu beigetragen.“ Er verwies unter anderem auf Jugendbegegnungen im Rahmen des Südlichen Parlamentsforums. Bei aller Euphorie gelte es aber auch, die Schattenseiten nicht zu übersehen und

dagegen anzugehen. Er nannte als Beispiel gewaltbereite polnische Hooligans, die mit so genannten Problemfans von Hansa Rostock eine unheilvolle Allianz bilden würden. Diese Entwicklung müssten Polizei und Ordnungskräfte im Auge behalten. Doch das überdecke nicht, dass die Grenzöffnung eine Vielzahl von Chancen für die Menschen bietet. Die Politik müsse die positive Entwicklung weiter unterstützen.

■ Der NPD-Abgeordnete **Tino Müller** sprach von „schleichender Landnahme“, wenn polnische Bürger auf deutscher Seite ihren Wohnsitz nähmen oder dort arbeiteten. Junge erwerbsfähige Deutsche würden außer Landes gedrängt, sagte er. Gleichzeitig „wird sich um zugewanderte Polen nahezu rührend bemüht.“ Seiner Meinung nach frei nach dem „Motto: In der DDR durften wir nicht weg, heute müssen wir“. Mit Blick in die Zukunft betonte er: „Vielleicht dürfen wir dann als Deutsche endgültig im eigenen Land um Toleranz betteln.“ Mit Toleranz sei es nicht zu erklären, „wenn gerade polnische Fischer entgegen geltenden Richtlinien die Fangquoten überschreiten, ihre deutschen Kollegen sich dagegen an Recht und Gesetz halten“, sagte der NPD-Abgeordnete.

■ Innenminister **Lorenz Caffier** warf der NPD und rechtsextremen Kameradschaften vor, bewusst Vorurteile gegen die polnischen Nachbarn zu streuen. Diese „volksverhetzende Stimmungsmache“ sei der Nährboden für Straftaten wie in Löcknitz, wo wiederholt Autos dort lebender Polen beschädigt wurden. Caffier kündigte an, dass dieses „extremistische Umtreiben“ bei der Prüfung eines erneu-

ten Verbotsverfahrens gegen die NPD eine Rolle spielen werde. Im Übrigen verwies er auf einen Rückgang der Kriminalität im Bereich der grenznahen Polizeidirektion Anklam um 36 Prozent. „Nach meiner festen Überzeugung wird uns langfristig ein vorurteilsfreies Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen gelingen“, betonte der Minister. Garant hierfür werde auch die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden beider Länder sein.



Detlef Müller (SPD)



Tino Müller (NPD)



Gino Leonhard (FDP)



Wolfgang Waldmüller (CDU)



Innenminister Lorenz Caffier

Fotos: Uwe Balewski

Chancengleichheit für Kinder

Landtag will Modellprojekte bei Kitas in sozialen Brennpunkten

■ Kinder aus benachteiligten Familien sollen in Mecklenburg-Vorpommern stärker unterstützt werden. Der Landtag beauftragte die Landesregierung am 6. März, Modellprojekte in Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten zu starten, um regelmäßig den Entwicklungsstand der Kinder feststellen zu können. Damit sollen passgenaue Hilfen sichergestellt werden. Die vorhandenen Familienbildungsstätten sollen bei der Unterstützung benachteiligter Kinder eingebunden werden. Zudem soll geprüft werden, wie Kitas und Schulen besser Vernachlässigungen bei Kindern erkennen können.



Foto: Jens Büttner

Es gehe vor allem darum, die Kinder in ihrer eigenen Lebenswelt zu stärken, sagte **Jörg Heydorn** (SPD), als er den Antrag der rot-schwarzen Koalitionsfraktionen einbrachte. 97 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen besuchen seinen Worten nach in Mecklenburg-Vorpommern eine Kindertagesstätte. So seien die Voraussetzungen sehr gut, die Kinder dort individuell zu fördern und ihre Gesundheit zu stärken. Sozialminister **Erwin Sellering**, der den Bildungsminister vertrat, machte auf den Zusammenhang von sozialem Status der Eltern und Gesundheit der Kinder aufmerksam. So habe ein Projekt zur Untersuchung der Zahngesundheit bei Kindern unter anderem gezeigt, dass der Nachwuchs von Akademikern weniger Probleme

hat. In den Kitas könnten solche Defizite ausgeglichen werden. Es komme darauf an, die Eltern stark zu machen. Es sei auch wichtig, in Kitas und Schulen für eine gesunde Ernährung der Kinder und auch für ausreichend Bewegung zu sorgen.

Dr. Marianne Linke von der Linksfraktion hob dagegen die Verantwortung der Eltern bei der Erziehung der Kinder hervor. Sie verwies in dem Zusammenhang auf Artikel 6 des Grundgesetzes, in dem unter anderem die Pflege und Erziehung der Kinder als das „natürliche Recht“ und die Pflicht der Eltern manifestiert ist. Dass Kitas und Grundschulen, wie im Antrag gefordert, eng zusammenarbeiten sollen, sei längst klar. Viele Punkte in dem Antrag

sind ihrer Meinung nach bereits durch Gesetze geregelt. Unter anderem kläre Artikel 7 des Grundgesetzes, dass das gesamte Schulwesen unter Aufsicht des Staates stehe. Ihre Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen. „Ein Blick ins Gesetz bewahrt vor Geschwätz“, begründete sie.

Marc Reinhardt (CDU) sprach sich für Chancengleichheit schon bei Kindern aus. „Nicht die soziale Herkunft eines Kindes darf entscheidend für seine Entwicklungschancen sein“, sagte er. Dazu gehöre auch, die Mittel für die frühkindliche Bildung kostenfrei für alle zur Verfügung zu stellen. Mit der Bereitstellung weiterer Gelder steigt laut Reinhardt jedoch nicht automatisch die Qualität. „Uns ist daran gelegen, bestehende Systeme und Ressourcen intelligenter zu nutzen“, sagte er.

Ralf Grabow (FDP) betonte, mit dem Antrag werde den Eltern Hilfe bei der Erziehung der Kinder angeboten. Und das sei gut. Seine Fraktion schlug Änderungen in dem Koalitionsantrag vor. So soll die Landesregierung überprüfen, inwieweit die Schulgesundheitspflege-Verordnung geändert werden kann, um die vorgesehene zusätzliche Untersuchung bei allen Kindern im Alter zwischen drei und vier Jahren verbindlich durchzuführen.

Stefan Köster (NPD) warf der Koalition vor, mit ihren Forderungen eine „absolute Gleichschaltung“ zu fördern. Der Antrag sei heuchlerisch. Zwischen den Zeilen werde deutlich, dass die Landesregierung zunehmend die Erziehung übernehmen wolle. Seine Fraktion werde nicht zustimmen.

Jörg Heydorn (SPD) verwies als Redner in der Debatte auf Unterschiede in der geistigen und gesundheitlichen Entwicklung der Kinder, die unter anderem aus der sozialen Herkunft herrühren. Diese auszugleichen, sei das Anliegen der Koalitionsfraktionen.

Der Antrag wurde mit der von der FDP geforderten Änderung mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP beschlossen.

Konzept für Nahverkehr gefordert

Landtag lehnt FDP-Antrag ab

■ Die FDP-Fraktion hat auf der Landtagssitzung am 6. März die Landesregierung aufgefordert, ein Konzept für die Entwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen. Bis Ende August sollten dem Landtag die Eckpunkte für die nächsten zehn Jahre vorgestellt werden.

Der Bevölkerungsrückgang und umfangreiche Änderungen im Bildungsbereich würden landesweit zu dramatischen Veränderungen im Nahverkehr führen, heißt es in dem Antrag. „Schülerverkehr und öffentlicher Personennahverkehr sind so eng verwoben, dass sich Änderungen in der Schullandschaft und die demografische Entwicklung massiv auf die Anbindungen der ländlichen Regionen auswirken werden“, begründete FDP-Fraktionschef **Michael Roolf** die Forderung seiner Fraktion. Die Landesregierung müsse „dringend“ dafür Sorge tragen, dass Schüler, Eltern und auch Verkehrsbetriebe durch ein nachhaltiges Konzept auf die anstehenden Veränderungen vorbereitet werden. Dem Verkehrsminister sei die Problematik bekannt, dennoch habe die Landesregierung noch keine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Verkehrs- und Bildungsministerium gebildet.

Verkehrsminister **Dr. Otto Ebnet** wies die Vorwürfe zurück. Das Land erfülle bereits die Aufgaben, die in seinen Zuständigkeitsbereich fallen. Zudem seien verlässliche Prognosen, insbesondere zu den Finanzen, so langfristig gar nicht möglich. Der Antrag geht nach Auffassung des Ministers ins Leere.

Birgit Schwebs (DIE LINKE) hält es für wichtig, die Situation des Öffentlichen Nahverkehrs immer wieder im Landtag zu erörtern. Die demografische Entwicklung, der Rückgang der Schülerzahlen, aber auch steigende Energie- und Treibstoffpreise seien ein Problem für den ÖPNV. „Als Teil der Daseinsvorsorge können sich weder das Land noch die Kommunen leisten, nicht auf all diese Probleme zu reagieren“, sagte die Parlamentarierin. Jedoch sei es nicht hilfreich, neben dem bereits existierenden ÖPNV-Landesplan ein weiteres Konzept zu erarbeiten. Landesregie-

rung und die für den Öffentlichen Nahverkehr zuständigen Kommunen würden derzeit nach den Vorgaben des Landesplanes 2002-2007 handeln. Die Landesregierung plane, ihn fortzuschreiben und das Ergebnis demnächst zu veröffentlichen. Der bisher übliche Zeiträumen von fünf Jahren ist ihrer Meinung nach ausreichend. Der von der FDP geforderte Zeitraum von zehn Jahren grenze an „Wahrsagerei“.

Jochen Schulte (SPD) bezeichnete den FDP-Antrag als „von Unkenntnis geprägt“. Kreise und Kommunen seien hauptverantwortlich für den ÖPNV. Diese ließen sich von der Landesregierung in diesem Fall nichts vorschreiben. Wer ein Bild von risikobehafteten privaten Unternehmen zeichne und völlig risikofreien kommunalen Verkehrsunternehmen, habe unrecht. „Das stimmt so nicht“, sagte Schulte.

Wer auf dem Lande lebt, verlässt sich nach Ansicht des NPD-Abgeordneten **Birger Lüssow** schon jetzt nicht auf den ÖPNV. Die Preise seien hoch und man brauche viel Zeit für den Arbeitsweg. Das Land sei aber verantwortlich für die Grundversorgung im Nahverkehr. Der habe hohe Priorität. Seine Fraktion unterstütze den Antrag.

Peter Stein (CDU) hält die von der FDP geforderte Arbeitsgruppe in dieser Form für nicht gerechtfertigt. „Da gehören auch andere Verantwortliche an den Tisch“, sagte er. Der Antrag greife zu kurz und sei insgesamt zu substanzlos.

Nach der geplanten Verwaltungsreform 2011 gebe es eine Reihe von Auftraggebern für den ÖPNV gar nicht mehr, erwiderte **Michael Roolf** in der Debatte. Deshalb trage das Land hier besondere Verantwortung. Er verwies auch auf Unterschiede bei kommunalen und privaten



Foto: Jens Büttner

Verkehrsbetrieben. „Sie haben die gleichen Probleme. Aber die Lösungen sind unterschiedlich“, sagte Roolf. „Zur GmbH kommt bei Schwierigkeiten der Gerichtsvollzieher, bei den kommunalen Betrieben hilft der Staat.“

Thomas Schwarz (SPD), selbst Betriebsratsvorsitzender in einem ÖPNV-Betrieb, wies den Eindruck zurück, dass kommunale Verkehrsunternehmen nicht wirtschaftlich arbeiten müssten. Wer nicht effizient sei, werde auch nicht unterstützt. Das bezeugen seiner Meinung nach auch die Entlassungen, die es in den kommunalen Betrieben gab.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und LINKE abgewiesen.

Öffentlich-rechtliches Sparkassenwesen erhalten

Landtag befürwortet Antrag der Koalitionsfraktionen

■ Die Sparkassen sollen als öffentlich-rechtliche Institutionen in Mecklenburg-Vorpommern erhalten bleiben. Jedoch müsse die Landesregierung mit geeigneten Maßnahmen dafür sorgen, dass die Sparkassengruppe dauerhaft konkurrenz- und leistungsfähig ist. Einem entsprechenden Antrag der rot-schwarzen Koalitionsfraktionen stimmten am 6. März mit Ausnahme der FDP-Abgeordneten alle Parlamentarier zu.



Foto: Jens Büttner

Die Sparkassen seien mit den Privat- und Genossenschaftsbanken ein unverzichtbarer Bestandteil im weltweit einzigartigen Drei-Säulen-Modell der deutschen Bankenlandschaft, begründete **Burkhard Lenz** (CDU) den Antrag. Sie spielten eine wichtige Rolle insbesondere für den einheimischen Mittelstand, aber auch für Privatpersonen. Sie seien vor Ort erreichbar, was gerade in einem Flächenland von Bedeutung sei. Zudem sind Sparkassen Lenz zufolge wichtige Arbeitgeber, Ausbildungsstätten und Förderer zahlreiche Projekte in Kommunen und Kreisen. Die Landesregierung müsse sich deshalb für den Erhalt dieser Institutionen einsetzen. Finanzministerin **Sigrid Keler** hält aber angesichts erhöhten Konkurrenzdrucks und wachsender Aufgaben weitere Sparkassenfusionen in Mecklenburg-Vorpommern für unumgänglich. „Kleine Sparkassen haben es schwer. Die zehn Sparkassen im Land kommen im Durchschnitt auf eine Bilanzsumme von 1,2 Milliarden Euro, bundesweit sind es 2,25 Milliarden“, sagte die Ministerin. Größere Sparkassen hätten mehr Spielräume bei der Kreditvergabe und könnte so ihren Aufgaben für die

Entwicklung der jeweiligen Regionen besser gerecht werden. „Vier Sparkassen im Land sollten das Ziel sein“, betonte sie. Die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Mecklenburg-Vorpommern hätten solide gewirtschaftet und erfreuten sich auch deshalb wachsenden Zuspruchs. Von den Finanz-Turbulenzen, die in den letzten Monaten vom amerikanischen Hypothekenmarkt ausgingen, seien die Sparkassen im Nordosten nicht unmittelbar betroffen. Dennoch müssten sich die Sparkassen auf neue Herausforderungen einstellen. Die Mi-

nisterin wertete es als großen Erfolg, dass das Land 2004 den Versuch einer Privatisierung der Sparkasse Stralsund verhindert habe.

Auch für die Linksfraktion gebe es kein Rütteln am öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesen. „Die im Sparkassengesetz festgeschriebene Aufgabe, die Bevölkerung auf breiter Basis mit Finanzdienstleistungen zu versorgen, ist für uns unumstößlich“, betonte deren finanzpolitische Sprecherin **Angelika Gramkow**. Diese Kreditinstitute seien fest im Land verwurzelt und vor allem Ansprechpartner für private Kunden und kleine oder mittelständische Unternehmen. Zudem sind sie Arbeitgeber für mehr als 3.500 Beschäftigte in mehr als 200 Geschäftsstellen. Im Gegensatz zu großen Privatbanken haben sie sich Gramkow zufolge eben nicht aus ländlichen Gebieten zurückgezogen. Dennoch müsse sich der öffentliche Bankensektor weiterentwickeln. „Meines Erachtens gehört dazu unter anderem, die faktischen Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten für die demokratisch bestimmten Vertreter in den Verwaltungsräten zu vergrößern“, sagte sie. Sie warf auch die Frage

nach der Beteiligung der Sparkassen an den Landesbanken auf. „Auch wenn wir als Land rechtzeitig reagiert haben und aus der Beteiligung an der Nord LB ausgestiegen sind, müssen wir uns vor Augen halten, was die jüngsten Entwicklungen bei den Landesbanken für die beteiligten Sparkassen bedeuten“, sagte sie im Hinblick auf Fehlspekulationen im US-Hypothekenmarkt und dessen Auswirkungen. Seine Fraktion werde den Antrag nicht unterstützen, sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende **Michael Roolf**. Er sei zu „schwammig“. Die Liberalen unterstützen klar den Erhalt des Drei-Säulenmodells. Aber sie fürchten Roolf zufolge, dass mit dem Antrag der Weg für eine Reduzierung der Sparkassenanzahl bereitet werden soll. Doch auch kleinere Institute könnten flexibel am Markt sein.

Udo Pastörs (NPD) sieht das Drei-Säulenmodell durch die „EU-Bürokraten“ in Brüssel generell in Gefahr. Dem Antrag werde seine Fraktion aber zustimmen. Der Antrag solle in erster Linie für den Erhalt der Sparkassen sorgen, betonte **Egbert Liskow** (CDU). „Es ist wichtig, dies auch nach außen hin zu dokumentieren“, betonte er.

SPARKASSEN

... sind öffentlich-rechtliche Kreditinstitute. Träger sind Landkreise, kreisfreie Städte oder von ihnen gebildete Zweckverbände. Sparkassen haben die Aufgabe, Möglichkeiten zur sicheren und verzinslichen Geldanlage zu bieten und die örtlichen Kreditbedürfnisse zu befriedigen. Ihr Geschäftsgebiet ist in der Regel auf das Gebiet ihres Trägers begrenzt. Das Gesetz verpflichtet die Sparkassen, die Kommunen bei der Aufgabenerfüllung im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich zu unterstützen. Bis 2005 haftete die kommunale Körperschaft als Gewährträger für die Verbindlichkeiten sowie für die Existenz der Sparkassen. Um möglichen Wettbewerbsverzerrungen durch diese beiden staatlichen Garantien entgegenzuwirken, hat die Europäische Kommission bewirkt, dass die Gewährträgerhaftung 2005 (mit gewissen Übergangsfristen spätestens bis 2015) ausgelaufen ist und die Anstaltslast durch eine marktwirtschaftliche Eigentümerbeziehung ersetzt wird.

Landesregierung soll Situation der Frauen und Männer untersuchen

Antrag der LINKEN zur Beratung an Ausschüsse überwiesen

■ Die Landesregierung soll nach dem Willen der Linksfraktion die Situation von Frauen und Männern untersuchen und dem Parlament einen „Gender-Report Mecklenburg-Vorpommern“ vorlegen. Einen entsprechenden Antrag, den Angelika Gramkow für die Fraktion DIE LINKE einbrachte, überwies das Parlament am 6. März zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse. Alle Fraktionen bis auf die rechtsextreme NPD stimmten dafür. Untersucht werden sollen unter anderem die soziale Lage, Bildung und Ausbildung, Gesundheit und gesellschaftliche Mitwirkung von Frauen und Männern. Der Report soll feststellen, was die Politik bei der Gleichstellung erreicht hat und was zu tun bleibt. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Angelika Gramkow, DIE LINKE:

„Doppelstrategie: Gleichstellung von Frauen und Gender Maistreaming“

Foto: Archiv



■ „Frau Präsidentin! Es gibt keine besseren Menschen als Männer und Frauen, sagt ein schwedisches Sprichwort.

(Harry Glawe, CDU, und
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sehr gut.)

[...] Dieser Gender-Report soll Daten und Fakten zur konkreten Situation der Lebensverhältnisse von Frauen und Männern in unserem Land in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen ermitteln, sie analysieren und damit Schlussfolgerungen für die politische Strategie im Umgang mit Frauenpolitik und Gender Mainstreaming in Mecklenburg-Vorpommern erarbeiten.

Es geht uns also darum, ein fundiertes Zahlenmaterial und Erkenntnisse zum Geschlechterverhältnis und den Lebenswel-

ten von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen des Landes zu erlangen.

[...] wir haben im Land wirklich gute Fortschritte in der Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern gemacht. Und wie in der gesamten Bundesrepublik fahren wir dabei eine Doppelstrategie. Erstens bedarf es nach wie vor einer Frauenförderung und konkreter Gleichstellungsprojekte, um Nachteile, die für Frauen ersichtlich sind, auszugleichen, und zweitens haben wir uns darauf verständigt, dass das Prinzip des Gender Mainstreaming durchgesetzt wird. Das heißt nicht mehr, aber auch nicht weniger, als dass jede Entscheidung, die wir treffen, daraufhin überprüft wird, welche Auswirkungen diese Entscheidung auf Frauen, welche Auswirkungen diese Entscheidung auf Männer hat [...]

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Wenn wir hier über Mindestlohn streiten, [...] dann hat das auch eine geschlechterspezifische Komponente, denn die meisten Betroffenen in diesem Land, die in diesem Bereich arbeiten, wo Hungerlöhne gezahlt werden, sind Frauen [...] die Forderung nach Mindestlöhnen ist deshalb eine weibliche Forderung.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

[...] Die Realität zeigt, dass die gesellschaftlichen Vorschriften und die Verfassungsrechte die eine Seite sind, die Notwendigkeit ihrer Umsetzung aber hat an Aktualität nichts verloren [...]

Deshalb sollten wir uns fragen: Wie ist die Situation von Frauen und Männern wirklich in unserem Land? Wie leben sie? Wie arbeiten sie? [...]

Mit belastbaren landesspezifischen Zahlen, ihrer Analyse und Auswertung wollen wir Antworten erhalten, die die politische Strategie bestätigen, wie wir zu verfahren oder auch entsprechende Änderungsbedarfe vorzunehmen haben [...]

GENDER MAINSTREAMING

Gender (engl. „soziales Geschlecht“). Nach einer Definition des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend werden damit die gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechterrollen von Frauen und Männern bezeichnet.

Mainstreaming (von engl. „zum Hauptstrom machen“, „in den Hauptstrom bringen“) heißt, ein bestimmtes Denken und Handeln in den „Hauptstrom“ von Politik, Verwaltung, in das alltägliche Leben aufzunehmen und so zu einem selbstverständlichen Handlungsmuster bei allen Entscheidungen und Prozessen zu machen.

Gender Mainstreaming geht davon aus, dass sich die Lebenswirklichkeit von Frauen und Männern in vielen Bereichen unterscheidet. Deshalb soll bei allen Problemanalysen, konzeptionellen Überlegungen und politischen Entscheidungen von Anfang an geprüft werden, ob und wie Frauen und Männer betroffen sind. Die Erkenntnisse sollen dann in die Entscheidungen einfließen.

Dr. Margret Seemann, SPD:

„Die quantitative Beschreibung reicht nicht aus, um die Situation zu verändern.“



Foto: Uwe Balewski

■ „[...] Der hier zur Diskussion stehende Antrag ist in die Reihe von Aktivitäten [...] zum Internationalen Frauentag einzuordnen und ich bin hierfür [...] der Fraktion DIE LINKE sehr dankbar. Ein wichtiges Mittel, um die Unterschiede in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen und Männern sichtbar zu machen, sind Daten und Fakten. Somit unterstützt der Antrag mein Bestreben, dass alle politischen Entscheidungen auf der Grundlage geschlechterspezifischer Daten erfolgen müssen. Dementsprechend hat die Landesregierung in der zweiten Gleichstellungskonzeption festgeschrieben, dass personenbezogene Statistiken [...] geschlechtsspezifisch erhoben werden müssen.

[...] Nur durch die geschlechterdifferenzierte Darstellung von anonymisierten Personendaten kann die unterschiedliche Betroffenheit von Frauen und Männern verdeutlicht werden und es können zielgerichtet Maßnahmen abgeleitet werden.

Im Ergebnis dieses Vorgehens sind inzwischen viele Daten zu verschiedenen Gebieten vorhanden, auch zu den im Antrag vorgeschlagenen. Das haben Sie, Frau Kollegin Gramkow, auch völlig zu Recht dargestellt, so z.B. im Gesundheitsbericht Mecklenburg-Vorpommern. Unter dem Gender-Aspekt ist festzustellen, dass er eine sehr gute geschlechterdifferenzierte Datenaufstellung enthält. Was aber fehlt, ist eine entsprechende Interpretation der Daten und vor allem das Ableiten entsprechender Schlussfolgerungen, die auch die

differenzierten Daten berücksichtigen. Hier soll [...] gehandelt werden. Entsprechend haben wir auch die Berichterstattung zum Gleichstellungsgesetz geändert, weg von einer nur quantitativen Berichterstattung hin zu einer quantitativen und qualitativen Beschreibung der Situation. Nur die quantitative Erfassung des Personals hat uns zwar die unterschiedliche Verteilung von Frauen und Männern in der Landesregierung deutlich gemacht, wir erinnern uns, je höher die Positionen sind, um so dünner ist die Luft für die Frauen, auch im öffentlichen Dienst. [...] Nur diese quantitative Beschreibung reicht aber nicht aus, um diese Situation zu verändern. Hierzu sind weitere Schritte nötig: Aufdecken von Wirkungszusammenhängen, Ableiten entsprechender Handlungsoptionen und vor allem Begleiten dieses Prozesses, um auch wirklich zu Veränderungen zu kommen.

[...] 2005 hat das Statistische Landesamt ein Sonderheft zur Situation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern herausgegeben. Hierin sind allgemein gängige Daten noch einmal erfasst, also eigentlich schon vorhandene noch einmal zusammengestellt. Dennoch sind diese Daten eine wichtige Grundlage für frauen- und gleichstellungspolitisches Handeln, ebenso wie die Daten im Gleichstellungsbericht.

Wir müssen [...] darüber hinaus Wirkungszusammenhänge darstellen, um Prozesse zur Veränderung zu begleiten. Quantitative Erfassungen sind nur von

Nutzen, wenn im Kontext mit qualitativen Erhebungen Schlussfolgerungen für konkretes Handeln gezogen werden. [...] Hier könnte ein Gender-Report sehr hilfreich sein. Dennoch sollte im Interesse eines zweckentsprechenden und effektiven ESF-Mitteleinsatzes geprüft werden, ob ein Gender-Report mit den im Antrag genannten Schwerpunkten zum gegenwärtigen Zeitpunkt zielführend ist. Folgendes sollte in diese Überlegungen [...] einbezogen werden:

Erstens. Die Frauenministerkonferenz der Länder hat 2007 eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der amtlichen Statistik eingesetzt, um auf der Grundlage vorhandener Statistiken Gender-Indikatoren für die Länder und die kommunale Ebene zu entwickeln. Ziel ist die Einführung eines ländereinheitlichen Indikatorensystems, um die Chancengleichheit bundesweit noch stärker zu operationalisieren. Diese Ergebnisse sollten [...] abgewartet werden.

Zweitens. In der Landesstrategie zur Umsetzung der Operationellen Programme zu ESF, EFRE sowie ELER ist die Umsetzung des Querschnittsziels Gleichstellung von Männern und Frauen verankert. Die Landesstrategie basiert auf [...] Analysen in den operationellen Programmen für ESF, EFRE und ELER (*). Im Monitoring werden entsprechende Daten erhoben. Die Jahresberichte werden auf die Umsetzung eingehen und [...] Daten zum Vergleich heranziehen. Gemeinsam mit dem Landesfrauenrat und der Fondsverwaltung wurde deshalb bereits angeregt, alle Daten der auslaufenden ESF-Förderung zusammenzustellen, um Wirkungszusammenhänge zu erfassen und zielgerichtet bei der Umsetzung, agierend und lenkend im Sinne von Gleichstellung eingreifen zu können. Diese Ergebnisse liegen noch nicht vor. [...] Auch diese sollten wir mit einbeziehen.

Drittens wäre zu prüfen, welche Daten in anderen Zusammenhängen erhoben wer-

*ESF	Europäischer Sozialfonds
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes

den, [...] z.B., welche Schwerpunkte der Bericht zur sozialen Lage im Land haben wird. Gerade im Hinblick auf die [...] Veränderungen in der Erwerbsarbeit, in den Familienstrukturen und die demografische Entwicklung ist dies für eine fundierte Sozialberichterstattung wichtig.

Viertens. Ein umfangreicher Gender-Report zu den verschiedensten Themen wäre ggf. zum Zeitpunkt des Entstehens wieder überholt, da wir die einheitlichen Gender-Indikatoren eben noch nicht haben. Erhebliche Mittel würden aus den ESF-Bereichen zur Gleichstellung genommen werden [...] und nicht mehr zur Begleitung des Umsetzungsprozesses im Sinne des Querschnittsziels Gleichstellung von Frauen und Männern zur Verfügung stehen. Sie alle wissen [...], dass die Mittel auch in meinem Bereich, also die ESF-Mit-

tel, nicht mehr geworden sind, sondern sich insgesamt an die Entwicklung angepasst haben.

Ich bitte [...] aus den von mir genannten Gründen um Überweisung des vorliegenden Antrages in den Sozial- und den Finanzausschuss. [...] Ich schlage auch vor, dass der Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit überwiesen wird, selbst wenn Punkt 2 eigentlich nicht in die Antragsstellung gehört, die Begründung zu verändern. [...] Ich habe den Eindruck, wir müssten auch mit Ihnen von der FDP – ich würde gern mal in Ihre Fraktion kommen – überhaupt einmal über die Strategie oder Methode Gender Mainstreaming sprechen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Genau.)

Also wenn Sie mich einladen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP – Udo Pastörs, NPD:

Das machen die sicher.

Das machen die. – Gino Leonhard, FDP: Gerne, gerne! Von mir aus gerne!)

ich schaufle mich mit Sicherheit frei. [...] Wir werden aber auch noch einmal Gelegenheit haben, darüber in den Ausschüssen zu reden. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, [...] überweisen Sie diesen Antrag, der aus meiner Sicht sehr nützlich ist, in den Sozial- und Finanzausschuss! – Vielen Dank.“

Hans Kreher, FDP:

„Wir brauchen beide Geschlechter in der gesellschaftlichen Entwicklung“



■ [...] seien Sie sicher, ich werde Ihren Antrag nicht einfach abtun, [...] sondern sagen, worum es uns genau geht, nämlich darum, die Ziele auch durchzusetzen, das zum zentralen Bestandteil bei allen Entscheidungen und Prozessen zu machen, [...] und dass wir dabei [...] noch stärker überlegen, welche Ursachen es dafür gibt, dass wir trotz vieler Bemühungen nicht so vorankommen, wie wir uns das wünschen. Deshalb haben wir Änderungsvorschläge gemacht [...]

(Egbert Liskow, CDU: Zu verändern.)

[...] Es geht uns dabei um die Veränderung des Selbstbildes von Frauen und Männern [...]

es ist [...] so [...] dass dieses Selbstbild ein entscheidender Hinderungsgrund ist [...]. Ich habe das selbst bei Veranstaltungen erlebt, die ich mit Frauenvereinen hatte, dass bestimmte Dinge [...] im Vordergrund standen, die, wenn ich meine Mutter richtig verstanden habe, sie vollkommen abgelehnt hat, denn sie war eine sehr selbstbewusste Frau durch die Nachkriegsentwicklung geworden [...] die uns Jungen dazu aufforderte, Nadelarbeit und sonst was zu machen. Meine Schwester musste

in alle Produktionsprozesse vollkommen mit einbezogen werden,

(Udo Pastörs, NPD: Sie musste Steine schleppen und das ist Gender Mainstreaming! Ich lach mich tot!)

weil sie aus der Nachkriegsentwicklung festgestellt hatte, die Frauen können nicht einfach nur die Rolle zu Hause spielen und Ähnliches.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das heißt [...] dass dieses Selbstbild, das wir oft noch voneinander haben,

(Udo Pastörs, NPD: Frauen in den Kuhstall, Männer in die Küche.)

das jeder auch von sich hat, ein entscheidender Hinderungsgrund dafür ist [...]

(Udo Pastörs, NPD: Blödsinn so was!)

[...] Wir brauchen heute beide Geschlechter in der gesellschaftlichen Entwicklung.

*(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)*

[...] wir brauchen sie auch im gesamten ge-

sellschaftlichen Prozess und können nicht aufgrund der geschlechtlichen Seite bestimmte Teile der Gesellschaft einfach ausschließen [...] Darum geht es doch bei diesem Gender-Mainstreaming-Prozess.

(Udo Pastörs, NPD: Nicht nur.)

[...] Und ich bitte Sie, in die Beratungen unsere Vorschläge mit aufzunehmen, mit daran zu denken, dass das wichtig ist. [...]"

Beate Schlupp, CDU:

„Es kommt darauf an, aktiv zu werden und zu handeln“

Foto: Uwe Balewski



■ „Sehr geehrter Herr Präsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Gramkow, natürlich haben Sie schon vorausgeahnt, dass ich mir sicherlich die Frage stelle, warum Sie in den acht Jahren, in denen Sie mitregiert haben, einen solchen Report nicht auf die Tagesordnung gesetzt haben und uns gerade heute einen solchen Antrag vorlegen.

*(Michael Roof, FDP:
Weil der Frauentag kommt.)*

Der Report, so sieht es Ihr Antrag vor, soll Daten und Fakten zur konkreten Situation des Verhältnisses von Frauen und Männern ermitteln und untersuchen. Sie listen acht Punkte konkret auf. Und [...] wer kurz nachdenkt, wird beim Lesen feststellen, die von Ihnen geforderten Daten liegen [...] bereits vor und können in den einzelnen Punkten aufbereitet, ausgewertet und für entsprechende Beschlüsse herangezogen werden.

Beispielhaft möchte ich aus der Antwort zur Kleinen Anfrage von Herrn Roof „Beraterverträge der Landesregierung“ zitieren [...]:

Projekt 1: „Erstellen einer Gender-Expertise für die Erarbeitung einer geschlechtergerechten Gesundheitsberichterstattung des Landes M-V“

Projekt 2: „Erarbeitung einer Problemdefinition zur Begründung von Maßnahmen der Prävention seelischer Erkrankungen von Frauen in M-V sowie Erstellung eines Reports“

Projekt 3: „Durchführung einer sozialwissenschaftlichen Evaluation eines Professionalisierungsprojektes“

Projekt 4: „Erarbeitung der Personalstandsanalyse 2007 unter dem Aspekt der Analysen zur Gleichstellungsberichterstattung der Landesregierung M-V“

Wie gesagt, es ist schon von vielen anderen Analysen, Projekten, Daten berichtet worden [...]

[...] als sich SPD und CDU nach der Landtagswahl 2006 entschlossen, eine Koalition zu bilden, wurden die unterschiedlichen Politikfelder in Arbeitsgruppen beraten und für den Koalitionsvertrag vorbereitet. Zur Gleichstellungspolitik legte die Gleichstellungsbeauftragte seinerzeit ei-

nen umfangreichen Katalog vor. Die CDU war Ihnen, Frau Dr. Seemann, sehr dankbar dafür. 18 Ziffern zur Frauen- und Gleichstellungspolitik heben sich ab. Wir haben hier mehr formuliert als zu den Themenfeldern Verkehr mit 12 Ziffern oder Bau mit 12 Ziffern, aber auch Sozialpolitik mit 15 Ziffern. Die 18 Ziffern im Koalitionsvertrag beschreiben die Weiterentwicklungslinien unserer Gleichstellungspolitik. Einer neuen Datensammlung bedarf es aus Sicht der CDU nicht.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Alles paletti.)*

[...] sowohl im Grundgesetz als auch in unserer Landesverfassung und auch, wie erwähnt, auf europäischer Ebene mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages wird der Rechtsrahmen für Gender Mainstreaming gesetzt. Es geht um die Gleichstellung von Frauen und Männern. Gender Mainstreaming unterscheidet sich damit von reiner Frauenpolitik. Hier sind beide Geschlechter gleichermaßen angesprochen, berücksichtigt und einbezogen.

[...] Diesen gewissermaßen ganzheitlichen Ansatz verfolgt die Große Koalition [...] Ich will dies an einem Beispiel belegen. Ich habe in den zurückliegenden Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass nachweislich vor allem bei Jungen erhebliche Schwierigkeiten hinsichtlich des Erreichens einer guten schulischen Qualifikation oder bei der beruflichen Orientierung bestehen. Jungen stellen zwei Drittel der Schulabbrecher in Deutschland. Nur ein Drittel derjenigen, die ein Austauschjahr im Ausland machen, sind Jungen und nur 44 Prozent legen das Abitur ab.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, das gehört auch zur Analyse.)*

Jungen stellen heute drei Viertel der Sonderschüler, 64 Prozent derjenigen, die nicht einmal den Hauptschulabschluss haben, und die Mehrheit jener Jugendlichen, die in berufsvorbereitenden Maßnahmen

der Bundesanstalt für Arbeit untergebracht werden müssen. Hier erwächst ein inzwischen in mehreren Studien hinlänglich beschriebenes Problem, welches wir nicht negieren dürfen.

(Gabriele Mestan, DIE LINKE:

Und was hat es gebracht, dass Sie es immer gesagt haben?)

Ich will nur auf zwei aktuelle Studien verweisen: „Bildungs(miss)erfolge von Jungen und Berufswahlverhalten bei Jungen/männlichen Jugendlichen“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung

(Irene Müller, DIE LINKE: Was

spricht denn nun gegen den Report? – Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

und die Analyse „Not am Mann – Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht?“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Hier zeigt sich, die Politik muss handeln, und die Politik handelt.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:

Na dann, los geht's!)

Deshalb bin ich Bildungsminister Henry Tesch dafür dankbar, dass er die Schulen des Landes jetzt ausdrücklich dazu aufgefordert hat, den „Girls' Day 2008“ als „Girls' Day Plus 2008“ zu gestalten und parallele Aktionen für Jungen anzubieten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Aha! Aber da geht es doch um Berufsvororientung.)

In der Checkliste für Schulen wird ein sichtbarer Schwerpunkt auf Aktivitäten für Jungen gelegt. Das ist ein, wenn auch nur erster, so doch wichtiger Schritt, um sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen, und das, ohne dass wir bis auf zwei Stellen hinter dem Komma die Problembeschreibung für Mecklenburg-Vorpommern definiert haben [...] Ich habe gesagt, das ist ein erster Schritt. Dass da natürlich noch andere Dinge folgen müssen, steht für mich außer Frage. Es kommt in der Gleichstellungspolitik darauf an, aktiv zu werden und zu handeln.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wir brauchen nicht weitere statistische Datenreihen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Aha! – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die von mir hier beispielhaft angeführten Studien zur Problematik von Jungen und männlichen Jugendlichen enthalten durchaus Handlungshinweise, die sich spezifiziert auch in Mecklenburg-Vorpommern umsetzen lassen. Nutzen wir also zunächst die schon existierenden Erhebungen, Studien und Projektauswertungen für konkrete Maßnahmen, bevor wir neue und umfassende theoretische Datensammlungen in Auftrag geben.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Wo ist denn das eine theoretische

Datensammlung? –

Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Deshalb, meine Damen und Herren von der LINKEN, bedarf es Ihres Antrages in der vorliegenden Form nicht. Aber einer Beratung im zuständigen Ausschuss wollen wir uns nicht verschließen.“

Stefan Köster, NPD:

„Gender Mainstreaming ist ein Symptom einer voranschreitenden Geisteskrankheit“



Foto: Uwe Balewski

■ „[...] Die Existenz von Frau und Mann wird in der Gender-Theorie zur repressiven gesellschaftlichen Erfindung erklärt.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:

Das ist wirklich das Letzte.)

Sie leugnet die Existenz des biologischen Geschlechts und erklärt das soziale zum bestimmenden.

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

Geschlecht sei eine bloße Frage der Erziehung und könne durch Umerziehung geändert werden.

(Udo Pastörs, NPD: So steht's da. –

Zurufe von Dr. Wolfgang Methling,

DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Jene Personen, die [...] gegen [...] Eva Hermann demonstrierten, haben [...] Gender Mainstreaming [...] verinnerlicht.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:

Das ist Ihre neue Heldin, was?!)

Ich zitiere aus einem Bericht der „Norddeutschen Neuesten Nachrichten“: „Caroline [...] Wir werden nicht als Frau geboren, wir werden zur Frau gemacht.' Das hatte Simone de Beauvoir gesagt [...] Hermann ist gefährlich [...].' Das sagt Danny

[...] Seine Fraktion hat sogar einen Tisch mitgebracht. Darauf liegen [...] Prospekte. [...] Ein [...] Zettel des Querforums Rostock zum Beispiel. Das stimmt dafür, daß man Geschlechtergrenzen aufhebt.“ Zitatende. [...]

Die Gender-Mainstreaming-Problematik betrifft infolge Ihrer [...] Wahnvorstellung von Integration auch die Menschen mit

sogenanntem Migrationshintergrund.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Was hat denn das jetzt damit zu tun?)

Wie die darauf reagieren werden, dürfen Sie [...] erfahren, wenn Ihre volksvergessene Politik fortgesetzt wird. [...]

Wir Nationalisten bekennen uns zur natürlichen Grundauffassung, daß Frau und

Mann sehr wohl gleichwertig sind,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Deshalb schlagen Sie Frauen, Herr Köster.)

aber nicht gleichartig. [...] Gender Mainstreaming ist ein Symptom einer voranschreitenden Geisteskrankheit.“

Angelika Gramkow, DIE LINKE:

„Daran weiterarbeiten, was eine rot-rote Landesregierung vorgearbeitet hat“

Foto: Uwe Balewski



■ „Frau ... Herr Präsident!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Sehen Sie, das war schon gendermäßig!

Stefan Köster, NPD:

Sehen Sie, so schnell geht

Gender Mainstreaming! –

Udo Pastörs, NPD:

Das war jetzt Gender Mainstreaming.

Alle sind gleich. Voll gegendert!

Herr Köster, ich sage es Ihnen zum wiederholten Mal: Jemand, der wehrlos am Boden liegende Frauen tritt und schlägt,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

hat für mich in diesem Parlament nicht das Recht, das Wort zu erheben

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Udo Pastörs, NPD: Jawohl, schweigen!)

und schon gar nicht zu Fragen von Gleichstellung und Gender Mainstreaming

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und NPD Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

[...] im Gegensatz zu vielen Männern, die aus unterschiedlichen Gründen in unserem Land bleiben, sind Frauen viel konsequenter, viel durchsetzungsfähiger in der einen Frage: Bietet sich für mich in meinem Heimatland keine Arbeit für meine Qualifikation und Ausbildung, dann gehe ich weg [...]

Wir beschweren uns darüber, dass in Führungsgremien, ob in Unternehmen, in der Wirtschaft oder in der Wissenschaft, zu wenig Frauen anzutreffen sind, von Ma-

nagerinnen will ich gar nicht reden – unter zehn Prozent. Das hat doch aber seine Ursache. Sie verwiesen auf die Situation Jungen und Ausbildung, lassen Sie mich auf die Situation Mädchen und Ausbildung verweisen. Wir haben über 400 anerkannte Ausbildungsberufe in der Bundesrepublik Deutschland. Nachweislich greifen Mädchen im Durchschnitt auf nur zehn Prozent der Ausbildungsberufe zurück, weil sie durch alt übertragene Vorstellungen von Traditionen, von Rollen, Klischees, auch durch die Gesellschaft und manchmal auch durch uns Eltern, in diese Situation hineingetrieben werden.

(Udo Pastörs, NPD: Das müssen Sie schon den Frauen selbst überlassen.)

Wenn es uns also nicht gelingt, dass Frauen sich verstärkt für wissenschaftlich-technische Berufe entscheiden, für Studien der Naturwissenschaften, Studien der technischen Ausrichtungen an den Universitäten, dürfen wir uns doch am Ende nicht beschweren, wenn Unternehmen, die gerne Frauen in Führungspositionen in wissenschaftlich-technischen Bereichen und auf Managerebene einsetzen würden, erstens gar keine ausgebildeten Frauen vorfinden und sich zweitens die wenigen, die da sind, aufgrund von Unvereinbarkeit von Beruf und Familie oder Lebensperspektive gar nicht erst auf solche Stellen bewerben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Hans Kreher, FDP: Wir brauchen aber auch mehr Kindergärtner.)

Das sind die Fragen, die wir uns gerne gemeinsam aufgrund der Datenanalysen, die über die letzten fünf Jahre in unterschiedlichen Bereichen gemacht worden sind, anschauen sollten. [...] Wenn es um die Situation von Frauen,

Mädchen und Männern im ländlichen Raum geht, wenn wir uns anschauen müssen, wie wir den Abwanderungsprozessen und der demografischen Entwicklung entgegenwirken wollen, dann ist das zuvorderst eine Aufgabe des Bereichs des Landwirtschafts- und Umweltministers, über die ELER [...] diese Fragen gemeinsam zu untersuchen. Wenn wir im Bereich von Existenzförderungen von wirtschaftlichem Engagement der Unternehmerinnen im Land reden, dann ist das eine Frage des Wirtschafts- und Arbeitsmi-

nisters. Deshalb hatte ich gesagt, Ressortzuständigkeit für die Maßnahmen und daran weiterarbeiten, was eine rot-rote Landesregierung vorgearbeitet hat. Und wenn Sie mich davon überzeugen, dass in diesem Sinne weitergearbeitet wird, dann sollten wir im Ausschuss ernsthaft darüber beraten, was wir an welcher Stelle machen [...]“

Auszüge aus dem Protokoll der Plenarsitzung am 6. März 2008.

WORTPROTOKOLL

Die Reden der Abgeordneten im vollen Wortlaut finden Sie auf der Website des Landtags

<http://www.landtag-mv.de>
(Parlamentsdokumente/Aktuelle Dokumente/Plenarprotokoll)

Weitere Themen der Landtags-sitzung

■ Kita-Förderungsgesetz

In erster Lesung behandelte der Landtag den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes (KiFöG M-V). Das Gesetz regelt die Höhe und Zweckbestimmung der finanziellen Beteiligung des Landes an den allgemeinen Kosten für die Kindertagesbetreuung. Außerdem soll der akademische Berufsabschluss als „Bachelor of Arts“ im Studiengang „Early Education – Bildung und Erziehung im Kindesalter“, der an der Hochschule Neubrandenburg eingerichtet worden ist, in den Gesetzestext aufgenommen werden. Schließlich ist im Gesetz zu berücksichtigen, dass mit Beginn der 5. Wahlperiode nicht mehr das Sozialministerium, sondern das Bildungsministerium für den Bereich der vorschulischen Bildung zuständig ist. Das geänderte KiFöG soll rückwirkend zum 1. Januar 2008 – zeitgleich zum Haushaltsgesetz 2008/2009 – in Kraft treten.

Der Gesetzentwurf (DS 5/1287) wurde zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss (federführend) sowie in den Innen-, den Finanz- und den Bildungsausschuss (mitberatend) überwiesen.

■ Auftragsvergabegesetz

Die Fraktion DIE LINKE legte einen Gesetzentwurf über die Vergabe öffentlicher Aufträge vor. Danach sollen nur solche



Foto: Jens Büttner

Teilnehmerinnen der Konferenz „Frauen in den Medien“, die parallel zur Plenarsitzung am 7. März im Schweriner Schloss stattfand, verfolgen auf der Besuchertribüne die Debatte zum Antrag der NPD-Fraktion: „Sämtliche Gender-Mainstreaming-Programme einstellen“.

Firmen öffentliche Aufträge erhalten, die das in Tarifverträgen vereinbarte Arbeitsentgelt – mindestens aber 8,00 Euro pro Stunde – bezahlen. Auch die vom Auftragnehmer beteiligten Subunternehmen müssen entsprechend dem Vorschlag der LINKEN diese Bedingungen erfüllen.

Die Überweisung des Antrags in die Ausschüsse zur weiteren Beratung wurde mit den Stimmen der SPD, CDU und FDP abgelehnt. Gemäß § 48 der Geschäftsordnung wird der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt

■ Kommunal-Kombi

Auf Antrag der FDP-Fraktion beauftragte der Landtag die Landesregierung, bis Ende März 2009 im Wirtschaftsausschuss über die Auswirkungen des Bundesprogramms „Kommunal-Kombi“ zu berichten. So soll dargelegt werden, wie dieses

Programm in den Kommunen in Anspruch genommen wird, ob es negative Auswirkungen auf die kleinen und mittelständischen Betriebe gibt und wie die Landesregierung sichert, dass den Unternehmen und deren sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten keine Konkurrenz entsteht. Das Bundesprogramm Kommunal-Kombi fördert ab 1. Januar 2008 zusätzliche Arbeitsplätze im öffentlichen, gemeinnützigen Bereich vor allem für jene, die derzeit auf dem ersten Arbeitsmarkt so gut wie chancenlos sind. Hierdurch soll die Arbeitslosigkeit in Kommunen mit einer besonders hohen Arbeitslosenquote nachhaltig reduziert werden. Für das Programm stellt der Bund für die Gesamtlaufzeit bis Ende 2012 rund 1,7 Milliarden Euro Eigenmittel sowie 300 Millionen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung.

Kreisgebietsreform

Enquetekommission legt Zwischenbericht vor

■ Seit Monaten wird in Mecklenburg-Vorpommern über einen neuen Anlauf zur Kreisgebietsreform beraten. Die Enquetekommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ hat jetzt auf über hundert Seiten ihren ersten Zwischenbericht vorgelegt.

Darin schlägt sie dem Landtag vor, sich die Ziele, das Leitbild und die Leitlinien der Landesregierung für eine Kreisgebietsreform (Drucksache 5/1059) mit einigen Änderungen zu eigen zu machen. Außerdem hält die Enquetekommission zwei begleitende Entschlüsse für erforderlich, die den Gesamtrahmen für eine umfassende Verwaltungsreform und das weitere Verfahren betreffen. Die gegenüber der Unterrichtung der Landesregierung abweichenden Vorstellungen für ein Leitbild der Kreisgebietsreform gehen überwiegend auf einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU zurück, die Anregun-

gen und Kritik aus den Kommissionsberatungen und vor allem aus den kommunalen Landesverbänden aufnahmen. So soll zum Beispiel offen bleiben, inwieweit für die kleineren kreisfreien Städte eine Einkreisung erfolgt. Die begleitende Entschlüsse zum Gesamtrahmen geht auf vielfältige Kritik zurück, dass eine Strukturreform nicht losgelöst von den Inhalten beurteilt werden könne. Deshalb wird jetzt festgeschrieben, dass mit der Kreisstruktur auch die Aufgabenzuweisung im Land neu geregelt werden soll. Zu diesem Zwischenbericht haben insgesamt neun Mitglieder und sechs stellvertretende Mitglieder Sondervoten abgegeben, in denen die von der Mehrheitsmeinung abweichenden Auffassungen näher dargelegt werden.

Der Zwischenbericht liegt öffentlich als Landtagsdrucksache 5/1380 vor. Er dokumentiert im Einzelnen die Beratungen der Kommission zur Kreisgebietsreform sowie die Sondervoten und enthält eine Übersicht über die im Internet abrufbaren weiteren Materialien zur Kreisgebietsreform.

Am 3. April verabschiedete die Enquetekommission ihren Zwischenbericht.



Foto: Uwe Bielewski

Kormoranverordnung

Öffentliche Anhörung des Agrarausschusses

■ Alt ist sie wahrlich noch nicht, die „Landesverordnung zur Abwendung erheblicher fischereiwirtschaftlicher Schäden durch Kormorane und zur Übertragung der Ermächtigung nach § 43 Abs. 8 Satz 4 des Bundesnaturschutzgesetzes“ vom 12. Juli 2007, kurz Kormoranverordnung. Dennoch ist sie für beide Seiten – Fischer wie Naturschützer – unzureichend: den Erstgenannten geht sie nicht weit genug, Letzteren dagegen viel zu weit.

Bekanntlich ist der Kormoran bereits 1997 aus dem Anhang I der EU-Vogelschutzrichtlinie (Geschützte Vögel) gestrichen worden. Allerdings hat es die Europäische Kommission aus Sicht der Fischer versäumt, ihn in den Anhang II (Jagdbare Vögel) aufzunehmen, sodass Naturschützer

auf seinen Schutz als europäische Vogelart pochen.

Mit dieser mittlerweile „unendlichen Geschichte“ hat sich der Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz am 27. März 2008 anlässlich einer Besichtigung der Kormorankolonie Niederhof sowie anschließender öffentlicher Anhörung im Rathaus der Hansestadt Stralsund befasst. Das ernüchternde Fazit: Obwohl inzwischen eine Arbeitsgruppe „Kormoran“ im Landwirtschafts- und Umweltministerium eingerichtet wurde, in der sowohl die Fischerei- als auch die Naturschutzverbände mitarbeiten, erscheint die Situation so festgefahren wie eh und je. Die Fischer wollen einen lästigen Konkurrenten auf ein die Arterhaltung nicht gefährdendes Mindestmaß begrenzt wissen, und die Naturschützer wollen abwarten, bis sich der Kormoranbestand aufgrund der Lebensbedingungen – Nahrungsangebot, Nistmöglichkeiten, Störungen – selbst einpegelt. Einvernehmen bestand im Ausschuss darüber, die während des Besuches in der Kolonie gewonnenen Eindrücke ebenso wie die von den Sachverständigen geäu-

Berten Argumente für und wider eines Bestandsmanagements (sprich Vergrämung aus der Nähe von Fischzuchtanlagen, Abschuss oder Einschränkung des Bruterfolges durch geeignete Maßnahmen) gründlich auszuwerten und nach dem Vorliegen von Ergebnissen aus einem Feldversuch darüber zu beraten, wie die Verordnung den Erfordernissen angepasst werden kann.



Foto: Jens Büttner

Wir sind sicher

Innenausschuss besucht Polizeistation Pomellen

■ **Wir sind sicher** – so lautet das Fazit der 30. Sitzung des Innenausschusses am 28. Februar 2008 bei der Bundespolizeiinspektion Pomellen. Zwei Monate nach dem Beitritt Polens zum Schengen-Abkommen wollten sich die Abgeordneten ein Bild über die aktuelle Situation in der Grenzregion machen. Zweites Thema der Gespräche vor Ort war die Strukturreform innerhalb der Bundespolizei in Mecklenburg-Vorpommern.

Am 21. Dezember 2007 sind an der Binnengrenze zu Polen die Grenzkontrollen weggefallen. Das bedeutete für die Bundespolizei, die Landespolizei und den Zoll, sich auf die daraus ergebenden neuen Herausforderungen einzustellen und effektive Ausgleichsmaßnahmen bei gleichzeitiger Gewährleistung der Freizügigkeit des Personenverkehrs zu schaffen. Die nationale und internationale Zusammenarbeit wurde intensiviert. Besonders eindrucksvoll schilderten der Leiter der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt, Joachim Franklin, und der Leiter der Bundespolizeiinspektion Pasewalk, Thorsten Rapp, die



Foto: Knud Winkelmann

Innenausschuss-Vorsitzender Dr. Norbert Nieszery (li.) im Gespräch mit dem Leiter der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt, Joachim Franklin (re.), dem Leiter der Bundespolizeiinspektion Pasewalk, Thorsten Rapp (Mitte), und Klaus Wils, Leiter der Polizeidirektion Anklam (2.v.l.)

Zusammenarbeit mit der Landespolizei und dem Zoll. Gemeinsame Einsatzpläne umfassen nicht nur die nationale Kooperation, sondern beziehen darüber hinaus gleichzeitig auch die polnischen Kollegen mit ein. Die Strategie heißt: Teamwork, und sie funktioniert. Davon konnte sich der Innenausschuss zum Abschluss seines Besuchs bei einer gemeinsamen Straßenkontrolle der Bundes- und Landespolizei und des Zolls überzeugen. Die Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern ist auch nach dem Wegfall der Grenzkontrollen gewährleistet.

Weiteres Thema der Sitzung war die Strukturreform innerhalb der Bundespolizei in Mecklenburg-Vorpommern. Neben der neuen Aufgabenverteilung standen im Fokus des Interesses die personellen Veränderungen. Konkrete Zahlen der Stellenreduzierung konnten jedoch nicht genannt werden, da der endgültige Stellenplan noch nicht vorliegt. Zugesichert wurde, dass die sozialen Belange der Mitarbeiter berücksichtigt werden. Der Innenausschuss wird sich weiter mit dieser Frage beschäftigen.

Energie - Anhörungen ausgewertet

Arbeitsgruppe „Energie“ legt erste Handlungsempfehlungen vor

■ **Auf der Grundlage der Ergebnisse von zwei internationalen Sachverständigenanhörungen über eine gemeinsame Energiepolitik in der südlichen Ostseeregion hat der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses, Detlef Müller, als Leiter der parlamentarischen Arbeitsgruppe erste politische Forderungen in die Fachberatungen des Forums eingebracht.**

Am 11. und 12. März 2008 fand in Stettin die erste Auswertung der international besetzten Sachverständigenanhörungen, die die grenzüberschreitende parlamentarische Arbeitsgruppe „Energie“ im vergangenen Dezember und Januar durchgeführt hatte, statt. Die Arbeitsgruppe präferierte insbesondere solche Vorschläge, die auf eine verstärkte Nutzung der Windkraft, Biomasse, Solarenergie und Geothermie abzielen, um den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 signifikant zu erhöhen. Darüber hinaus standen die Verbesserung der Energieeffizienz, der Aus- und Umbau grenzüberschreitender Transportnetze für eine sichere und zukunftsweisende Energieversorgung sowie rechtliche Bestimmungen und Fördermaßnahmen zur Diskussion. Am zweiten Sitzungstag erörterten die Delegationen des Landtages Mecklenburg-

Vorpommern und der Sejmiks der Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren die weitere Vorbereitung des nächsten Parlamentsforums, das am 19. und 20. Mai 2008 im polnischen Kolberg stattfinden soll. Themenschwerpunkte dort sind die Energiepolitik einschließlich ihrer Auswirkungen auf den Klimawandel, der Stand der integrierten maritimen Politik in der Europäischen Union sowie die Forschung unter dem Aspekt der Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Regionalpolitik in der südlichen Ostseeregion.

Abgerundet wurde die Veranstaltung in Stettin durch einen Informationsbesuch der Forschungs- und Demonstrationseinrichtung für erneuerbare Energien in Ostolja bei Stettin.

„Fragt heute, denn heute gibt es noch Zeugen“

**Jugend-Theaterprojekt
über Verantwortung und
Menschlichkeit**

■ Die Gefangenen im Konzentrationslager plagt der Hunger. Einer von ihnen besitzt einen Apfel, den die anderen gern eintauschen würden. Sie bieten ihm das, was sie bieten können: Wärme, Freundschaft, Liebe, Hoffnung ... Doch um nichts in der Welt will der Besitzer die „Frucht des Lebens“ hergeben.



Szene „Der Griebisch von einem Apfel“

Dies ist eine Szene des Theaterstücks „Von dort. Gesegnet sei die Phantasie – verflucht sei sie“, das am 19. Februar im Landtag Schülerinnen und Schüler aus ganz Mecklenburg-Vorpommern mit dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte konfrontiert. Die Akteure auf der Bühne sind so alt wie die Zuschauer – deutsche, polnische, russische und ukrainische Schüler und Studenten aus Frankfurt/Oder. Inspiriert zu



Batsheva Dagan mit den jugendlichen Schauspielern aus Frankfurt/Oder.

Foto: Claudia Richter

ihrem Projekt haben sie Texte aus dem Buch „Gesegnet sei die Phantasie – verflucht sei sie“ und die persönliche Begegnung mit der Autorin, der Auschwitz-Überlebenden Batsheva Dagan. In ihrem Buch beschreibt die in Polen geborene Jüdin das Leben im Konzentrationslager: den schrecklichen Alltag, den immer währenden Hunger, Zwangsarbeit, Kälte, Krankheiten, die tagtägliche Entwürdigung der Häftlinge – aber auch die vielen kleinen Gesten des Zusammenhalts, der Menschlichkeit. Unterstützt durch das Ensemble des Theaters Frankfurt unter Leitung von Frank Radüg haben die Jugendlichen Szenen erarbeitet, die am Schicksal Batshevas und anderer Menschen die Frage nach Menschlichkeit und nach Verantwortung für uns heute stellen.

Batsheva Dagan wirkt an der Aufführung mit. Allein durch ihre Präsenz erinnert sie die Zuschauer in jedem Augenblick daran, dass all dies Unvorstellbare geschehen ist, dass Menschen dafür die Verantwortung tragen – und vor allem, dass jeder Einzelne heute dafür verantwortlich ist, das sich so etwas nicht wiederholt. „Fragt heute – denn heute gibt es noch Zeugen“ – so ihr eindringlicher Appell an die jungen Leute im Saal.

„Mit unserem Projekt geht es uns nicht nur um den Blick zurück, sondern zugleich auch um unsere und vor allem Ihre Verantwortung für die Zukunft“, hatte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider den Jugendlichen zu Beginn der Veranstaltung eindringlich klargemacht. „Seit dem 17. September 2006 gehören dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sechs Männer an, die von ‚Schuldkult‘ reden, wenn Demokraten an die Verbrechen der Nationalsozialisten erinnern, die sitzen bleiben, wenn sich die Abgeordneten dieses Landtages zu einer Schweige-

minute erheben, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken“, sagte sie. Wer sich mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinandersetzt, erkenne erschreckende Parallelen zu den Parolen, zum Auftreten, zu den Zielen der Rechtsextremen heute. Umso wichtiger sei es, die Demokratie als den grundlegenden Wert unserer Gesellschaft zu schützen und zu verteidigen, betonte Bretschneider. Heute wie damals gehe es dabei um die persönliche Verantwortung eines jeden Einzelnen. „Es darf nie wieder passieren, dass ein ganzes Volk die Augen verschließt und Verbrechen gegen die Menschlichkeit einfach geschehen lässt!“

„Mich hat das Theaterstück sehr berührt“, sagt eine Schülerin nach der Vorstellung. „Viele Bilder gehen mir nicht mehr aus dem Kopf – zum Beispiel die Entlausung, oder die Szene mit dem Apfelgriebisch, bei der ich plötzlich begriffen habe, wie sehr die Häftlinge gehungert haben!“

Ein Apfel spielt auch eine zentrale Rolle in den Lagererinnerungen von Batsheva Dagan. Ihre Kusine brachte ihr jeden Tag einen Apfel, als sie sterbenskrank war, und rettete ihr so das Leben.

„Ich bin dem Landtag und insbesondere Frau Bretschneider sehr dankbar dafür, dass dieses Programm auch in Mecklenburg-Vorpommern aufgeführt werden konnte. Es zeigt den Schülern neue Wege, sich mit dem Thema Holocaust zu befassen, und bringt sie zur Reflexion. Und zum Selbstbewusstsein, dass ihre Zukunft in ihren eigenen Händen liegt! Sie müssen wissen, wann sie ja sagen und wann nein! Und sie müssen den Mut haben, auch Nein zu sagen!“

Batsheva Dagan

Kletts Burggarten

Ein fast vergessener Hofgärtner wäre in diesem Jahr 200 Jahre alt geworden

■ Vom „Dach“ der Grotte bietet sich ein großartiges Panorama über Parklandschaft und Schweriner See. Touristen und Einheimische genießen den Blick gern bei einem Eis im ebenerdigen Orangerie-Café. Verliebte schlendern Hand in Hand an raffinierten Blumenrabatten, duftenden Rosen und kunstvollen Skulpturen vorbei. Der Burggarten gehört wohl unbestritten zu den beliebtesten Ausflugszielen der Landeshauptstadt. Dabei dürften die meisten Spaziergänger kaum wissen, wem sie das blühende Kleinod auf der Schlossinsel zu verdanken haben: Hofgärtner Theodor Klett. Der Landschaftskünstler hat den Burggarten 1857 nach Plänen des berühmten Gartengestalters Peter Joseph Lenné geschaffen und dem kleinen Kunstwerk dabei auch seinen Stempel aufgedrückt.

Während der Name Lenné noch immer bekannt ist, scheint Klett hingegen fast vergessen. Zu Unrecht, finden Experten der Gartendenkmalpflege und bemühen sich in jüngerer Vergangenheit verstärkt, den Meister wieder ins Blickfeld zu rücken. In diesem Februar jährte sich der Geburtstag des Hofgärtners zum 200. Mal. „Er war ein Visionär und wuchs mit den Aufgaben über sich hinaus“, sagte Landtags-Vizepräsidentin Renate Holznagel kürzlich auf einem Kolloquium im Schloss, das Theodor Klett gewidmet war. Der Mecklenburger Historiker und Archivar Udo Funk forscht derzeit über Leben und Werk des Gartenfachmannes. Außer dem Burggarten hat Klett in Schwerin unter anderem die Gartenanlagen am Marstall, am Südufer des Schweriner Sees, auf der Insel Kaninchenwerder und den Alten Friedhof gestaltet. Seine Handschrift ist aber darüber hinaus in vielen Regionen Mecklenburgs spürbar – in Sternberg, Crivitz und Waren beispielsweise.

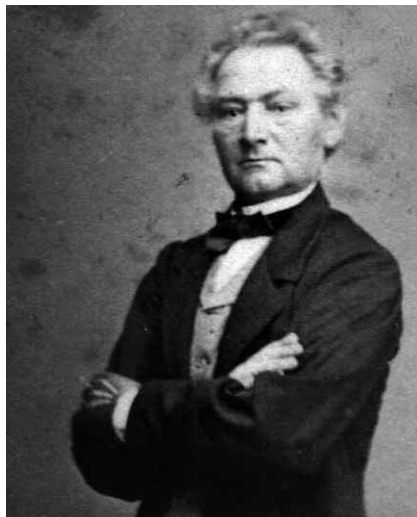
Klett gehört, wie Udo Funk herausgefunden hat, zu einer Württembergischen Weingärtner-Familie, die Mitte des 18. Jahrhunderts nach Schwerin gezogen war. Bis 1907 hat die Dynastie sieben Gärtner in fünf Generationen hervor ge-



Blick von der Orangerieterrasse des Burggartens auf den Schweriner See.

bracht, die sich alle Achtung mit ihrer Arbeit in Mecklenburg erwarben.

Theodor Klett (25.2.1808 bis 29.7.1882) stand schon seinem Vater bei der Arbeit an den Anlagen rund um das Schloss zur Seite. 1835 ernannte ihn schließlich der Großherzog zum Hofgärtner. So fiel beispielsweise der Schlossgarten in seine Obhut. Klett reiste viel und ließ sich offenbar auch von Fürst Hermann von Pückler inspirieren, dessen Landschaftspark Bad Muskau in der Oberlausitz noch heute zu den bedeutendsten in Europa zählt.



Hofgärtner Theodor Klett

32-jährig heiratete der Schweriner Gartenkünstler im Jahr 1841 eine brandenburgische Hauptmannstochter. Allein – dem Paar war kein langes Glück beschieden. Fünf Jahre und sechs Geburten später starb Pauline von Rhein im Kindbett.

Klett hat nach den Forschungen des Historikers nie wieder geheiratet und sich fortan vor allem dem Broterwerb gewidmet. Allem voran der Gestaltung des Burggartens, für die er eigenen Worten nach „erheblich“ vom Lennéschen Plan abwich. Der Großherzog dankte es ihm, übergab ihm die Schlossmedaille in Kupfer und ernannte Klett 1857 zum Gartendirektor. Als Theodor Klett Jahre später spürte, dass seine Kräfte nachlassen, bat er um Unterstützung. Der Großherzog stellte Klett dessen jüngsten Sohn August zur Seite, der die Begabung des Vaters geerbt zu haben schien. Als Theodor 1882 nach „langem schweren Leiden“, wie es heißt, im 75. Lebensjahr stirbt, übernahm August die gärtnerische Leitung der Schlossanlagen und setzte das Werk des Vaters bis 1907 fort.

Danach schien die Ära Klett im Mecklenburgischen in Vergessenheit geraten. Nicht mal ein Gedenkstein auf dem Friedhof erinnerte an das Wirken der Gärtnerfamilie. Erst 2007 hat die Verwaltung auf dem Alten Friedhof Udo Funk zufolge eine Gedenktafel aufgestellt. Der Burggarten jedoch wurde 2001 nach sechs Jahren aufwändiger Sanierung und behutsamer Rekonstruktion wieder eröffnet. Mehr als 15 Millionen Euro hat sich das Land die Wiederherstellung des Kleinods kosten lassen. Dafür gleicht es bis auf wenige Details dem historischen Vorbild von 1857. Kletts Burggarten – so wie ihn heute Einheimische, Touristen und Verliebte genießen.

Am 3. April besuchten 70 Schülerinnen und Schüler aus den USA den Landtag. Die amerikanischen Jugendlichen weilten im Rahmen eines zweiwöchigen Schüleraustausches zwischen dem Landkreis Ludwigslust und dessen Partnerkreis Gratiot im Bundesstaat Michigan in Mecklenburg-Vorpommern. Bei ihrem Besuch im Schweriner Schloss informieren sich die 15- bis 17-Jährigen über das politische System in Deutschland sowie über Zusammensetzung und Arbeitsweise des Landesparlaments. Am Ende ihrer Schlossvisite besichtigten die Jugendlichen auch den Thronsaal und den Plenarsaal, wo dieses Erinnerungsfoto entstand.

(Adressfeld für Abonnenten)



Foto: Rainer Cordes



Foto: Ulrike Graaf

Butterkeks als Grundbaustoff, dazu Waffelröllchen, Gummibärchen, Schokoküsse, Mäusespeck, Zuckerguss – und fertig ist nicht nur das schönste, sondern auch das süßeste Märchenschloss der Welt! Was so einfach klingt, hat Christian, Ulrike, Kathrin, Christin, Thomas, Gunnar, Manja, Jule, Ivo und Alina einige Stunden Arbeit und schwer durchzuhaltenden Verzicht auf Nasch-Orgien gekostet. Die jungen Leute aus Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Sachsen und Bayern mussten zwar einige bautechnische Kompromisse eingehen – aber es ist unverkennbar das Schweriner Schloss geworden! Und wer bisher noch nicht wusste, warum der Prunkbau manchmal auch als „Zuckerbäckerschloss“ bezeichnet wird, dürfte jetzt schlauer sein.



Foto: Claudia Richter

32.000 Bürgerinnen und Bürger haben nach Aussage der Initiatoren die Volksinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin“ mit ihrer Unterschrift unterstützt. Am 16. April übergaben VertreterInnen der Bürgerinitiative die Unterschriften an Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (Bildmitte). Diese dankte den Akteuren für ihr Engagement. „Diese Initiative ist ein Ausdruck gelebter Demokratie“, betonte sie. Laut Landesverfassung sind 15.000 Unterschriften erforderlich, damit sich der Landtag mit dem Anliegen befassen muss. Dies werde nach Prüfung der Unterschriftenlisten durch den Landeswahlleiter voraussichtlich noch vor der Sommerpause geschehen, kündigte Bretschneider an. (Die Initiatoren der Bürgerinitiative, der frühere Landtagspräsident Hinrich Kuessner, 2.v.r., LINKE-Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Wolfgang Methling, 3.v.r., und Ulrike Berger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 2.v.l., bei der Übergabe der Unterschriften.)